

Die Bürgerinitiativen: Wiederzusammenführung von Bauherr und Bewohner in einer Figur und Aufwertung des Nutzwertes der Wohnstätten mit neuen öffentlichen Politiken.¹

Guten Tage an alle, ich glaube, dass wir heute einer historischen Etappe der Debatten über das Recht auf Unterkunft beiwohnen.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir bereits Ende der 70er Jahre zur Zeit der Hausbesetzungen in Bologna über die Praxis des so genannten „autorecupero“ (Wiederverwertung von aufgelassenen Unterkünften auf Eigeninitiative) gesprochen haben. Damals gab es eine bekannte Bürgerinitiative mit dem Namen: „Chi non occupa, preoccupa“ („Wer nicht besetzt, beunruhigt“), ein programmatischer Titel, der den negativen Kreislauf Besetzung/Räumung zu unterbrechen vermochte. In der Folge konnte eine Anerkennung von Seiten der Institutionen erzielt werden und es gab die ersten Ausschreibungen zur Verwertung von aufgelassenen Gemeindewohnungen. In einem informelleren Rahmen haben wir, wie ich mich erinnere, darüber in einer Sitzung in den toskanisch-emilianischen Apenninen gesprochen – mit Selbsthilfegruppen, darunter auch der Comunità degli Elfi („Gemeinschaft der Elfen“ - 1980 von Menschen verschiedenen Alters gegründet, die beschlossen haben, ein ganz einfaches Leben fernab der modernen Zivilisation zu führen), welche interessante Überlegungen über umweltverträgliches Bauen angestellt und umgesetzt haben.

Und wir haben darüber während der ersten Treffen der urbanen Sozialbewegungen, die parallel zu den Meetings der europäischen Wohnungsminister organisiert wurden, auf internationaler Ebene diskutiert. Ich möchte an diese Aspekte erinnern, denn sie sind unsere neueren Wurzeln. Andere, ältere Wurzeln, finden wir in den Bewegungen der Tagelöhner, jener Bauern ohne Land, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Italien die unbestellten Felder der Latifundien besetzt haben, um sie für die Allgemeinheit zu nutzen und darauf etwas anzubauen. Ähnliche Ziele verfolgen ja auch die Obdachlosen, welche ungenutzte Immobilien besetzen.

Jetzt sprechen wir von einer anderen Phase.

Von einer anderen Betrachtungsweise der Institutionen. Damals sprach man von Bodenreform, weil hier der krassste Gegensatz gegeben war. Heute müssten wir von der Notwendigkeit einer tief greifenden Bodennutzungsreform sprechen, die so eng mit der Wohnungsfrage verbunden ist, denn die moderne Wohnungsproblematik in Europa spitzt sich immer mehr zu, weil die Branchenpreise zunehmend außer Kontrolle geraten. Nur ein paar Zahlen: In Europa sind 18 Millionen Menschen nur sehr notdürftig untergebracht und 3 Millionen haben buchstäblich kein Dach über dem Kopf. In Italien sprechen wir von einigen hunderttausend Personen, die in Schluchten, unter Brücken, in Baracken sowie in behelfsmäßigen und nicht witterungsgeschützten Zelten hausen.

Ein Beweis dafür, dass die Macht des Immobilien- und Grundbesitzes noch immer sehr groß ist: Niemand tastet das Monopol der Rentiers an – dies zeigt z.B. das sinkende öffentliche Engagement in diesem Bereich. Die Regierungen (vor allem die Mitte-Rechts-Regierungen) haben dafür gesorgt, das das letzte Stück Kontrolle und öffentliche Ausrichtung des Wohnungssektors in Italien auch noch verloren gegangen ist, während auch die Europäische Union hier um nichts nachsteht und noch mehr an dieser Entmachtung teilhat: Das bisschen alte Tradition, das in den Ländern noch vorhanden ist, wird auf das Schärfste bekämpft.

Es handelt sich um ein Monopol, das offensichtlich mit der Liberalisierung kämpft: tatsächlich sprechen wir nicht von einer freien Wahlmöglichkeit oder einem freien Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage, sondern von der Möglichkeit desjenigen, der ein Gut besitzt, einen Preis festzusetzen. Es handelt sich also um einen Markt, der vom Angebot monopolisiert wird, d.h. vom Immobilienbesitz, dessen oberstes Ziel Rentabilität ist. Basierend auf diesem Prinzip wird es oft vorgezogen, eine Immobilie unbewohnt zu lassen und sie dem Verfall preiszugeben, anstatt sie zu einem leistbaren Preis zu vermieten oder zu verkaufen.

Zum anderen hat die Antwort des Marktes nach dem Zweiten Weltkrieg eine Teilung des Arbeitsmarktes bewirkt: auf der einen Seite jene, die Häuser bauen, auf der anderen Seite jene, die sie bewohnen, mit dem Auseinanderbrechen des Konzepts und der Praxis des Bewohner-Bauherrn, des Bauern oder des Vorort-Bewohners, der sein Haus selber baute. Immer mehr, also, einerseits der Bewohner-Benutzer-Kunde, auf der anderen Seite der Hersteller-Lieferant-Dienstleister-Warenverkäufer.

Diese Teilung hatte auch auf die Mechanismen der sozialen Ausgrenzung enorme Auswirkungen und ist ein Ergebnis des Marktes - nicht nur des Immobilienmarktes, sondern des Arbeitsmarktes im Allgemeinen. Die Ausgrenzung nahm nämlich immer mehr zu, da das Haus als Tauschwert, als Sonderware angesehen wird und nicht als das, was es betrachtet werden sollte, d.h. eine Dienstleistung mit nicht spekulativem Nutzwert, d.h. als ein Recht, auf dem Politiken begründet werden können.

Die Italienische Verfassung (Art. 42) aber unterstützt die soziale Funktion des Eigentums. Es handelt sich um eine gesetzmäßige Verpflichtung, bekräftigt durch Art. 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, vom italienischen Parlament mit Gesetz vom 25. Oktober 1977, Nr. 881 ratifiziert, mit dem sich Italien dazu verpflichtet, die Wohnbedingungen schrittweise zu verbessern. Die Vertreibungen ohne Ersatzunterkunft in den letzten Monaten sind eine augenscheinliche Verletzung der Gesetze.

¹Cesare Ottolini, Koordinator International Alliance of Inhabitants, „Autorecupero e autocostruzione: Forme e politiche di un nuovo servizio pubblico per l'alloggio sociale“ (Verwertung und Bauen auf Eigeninitiative: Politiken eines neuen öffentlichen Diensts für den sozialen Wohnsektor). Rom, 5. April 2007.

In anderen Umfeldern, die stärker sozialstaatlich ausgerichtet waren (vor allem in Nordeuropa und in den Vereinigten Staaten von Amerika) gab es nach dem Zweiten Weltkrieg den Versuch einer Antwort der Öffentlichkeit, welche große staatliche Interventionen auf dem Wohnungssektor finanziert hat. Die Intention, den Markt auszubalancieren, indem der Nutzwert der Unterkunft zumindest zum Teil wiederhergestellt wird, war zwar löblich, trotzdem hat auch dieser Ansatz die Trennung zwischen Bewohner und Bauherrn im Allgemeinen noch verstärkt.

Es handelt sich dabei um eine Trennung, die zum Teil von der Bürgerbewegung wettgemacht wurde - insbesondere im Italien der 70er Jahre.

Heute sprechen wir von einer bürgerlichen Gesellschaft, die Antworten liefert. Es wurden einige interessante Versuche präsentiert: Die soziale Privatperson, die Stiftungen, die Bürgerinitiativen.

Es gibt jedoch ein altes und neues Element, das hervorgehoben werden muss, es gibt eine andere Art von Antwort, die immer mehr Raum gewinnt. Es ist die Antwort der neuen Barackenbewohner der Bidonvilles, die wieder massiv in den Städten in Italien und in einigen Ländern Europas auftauchen. Es vergeht kein Tag, an dem man nicht Nachrichten über Vertreibungen von Rumänen oder Migranten anderer Nationalitäten hört, die auf Flussbetten, unter Brücken, in Schluchten und in verlassenen Arealen hausen, wo sie sich eine notdürftige Unterkunft errichtet haben. Wir sprechen von derselben Antwort in Form einer Bautätigkeit auf Eigeninitiative, die die armen Migranten nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben haben, als sie selbst Baracken und andere illegale Notunterkünfte an den Peripherien der großen Städte errichtet haben in denen sie Arbeit fanden.

Nun lassen die neuen Migranten die widerrechtliche Bautätigkeit wieder aufleben. Während es in den 70er-80er Jahren aber zu einer Stadtsanierung kam, scheint in unseren Tagen der einzige Städtebauer, der aktiv und beständig arbeitet, der Bulldozer zu sein. Es handelt sich um eine entschieden falsche repressive Antwort, die außerdem noch illegal ist. Die Folgen sind in vielerlei Hinsicht schwerwiegend.

Wir sollten hingegen versuchen, so zu agieren, dass der Wille zur Wiederausführung der Identität des Bewohner-Bauherrn gefördert wird, der in dieser verkannten Bewegung der armen Migranten steckt. Sonst werden sie, wenn sie sich selbst überlassen werden oder unterdrückt werden, nicht an der sozialen Errichtung eines würdigen und nachhaltigen Habitat mitarbeiten, sondern nur weiter zum Wachstum der Slum-Welt beitragen.

Heute haben bereits eine Milliarde Menschen keine ordentliche Behausung oder sind obdachlos. Sie sind der Beweis dafür, dass die neoliberalen Politikern sogar die Ziele des Jahrtausends scheitern lassen. Schätzungen zufolge werden bis zum Jahr 2020 noch 700 Millionen dazukommen, die kein ordentliches Dach über dem Kopf haben bzw. obdachlos sind. Ziel Nr. 7-11 hingegen verpflichtet die Regierungen jedoch dazu, die Wohnbedingungen von mindestens 100 Millionen Leuten zu verbessern. Schuld sind auch unsere zwar reichen, aber nicht gastfreundlichen Länder, die sich nicht schämen, den modernen und augenscheinlichen Widerspruch zur Schau zu stellen: Einerseits die Baracken, andererseits Häuser ohne Bewohner und Bewohner ohne Häuser.

Wir sprechen von Millionen von Leuten und Millionen von Unterkünften. Hier sollte ein Übereinkommen, ein ausgewogenes Geben und Nehmen stattfinden. Aber das funktioniert nicht, wenn man den Parteien bei diesem Spiel freie Hand lässt. Sie haben nicht die gleiche Verhandlungsmacht.

Glücklicherweise gibt es auch Alternativen. Einiges haben wir schon gehört, anderes wird bei den Reden am Nachmittag gesagt werden. Hier möchte ich nur die Geschehnisse in Buenos Aires hervorheben, wo Tausende Unterkünfte besetzt und in Eigenregie verwertet werden. Oder in Brasilien wo es nicht nur Favelas gibt, sondern auch bedeutende Landgewinnungs- und -umstrukturierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Es gibt sogar den Versuch der Wiederverwertung von privaten besetzten Immobilien wie im Fall von Prestes Maya in San Paolo.

In Europa verweisen wir auf historische Initiativen, die Freistadt Christiania zum Beispiel, ein großes selbst verwaltetes und in Eigenregie verwertetes Dorf im Herzen der dänischen Hauptstadt, das derzeit von einigen Regierungsprojekten ernsthaft in Frage gestellt wird. Aber wir nehmen auch Bezug auf die Erfahrungen der Initiative Cobijo a Madrid, oder auf die „Besetzungen alla Bolognese“, auf die Solidarités Nouvelles in Belgien oder Poortgebouw in Rotterdam.

Es geht darum, zu verstehen, wie die Alternative der Eigenverwertung und der eigenverantwortlichen sozialen Bautätigkeit bei nicht verwendeten Arealen und Immobilien den Nutzwert aufwerten kann, indem man vom Recht auf Unterkunft ausgeht. Und wie eine unterstützende Politik dazu beitragen kann, den Bewohner-Bauherrn wieder auferstehen zu lassen.

Dabei soll – das ist hervorzuheben – eine neue Art öffentlicher Wohnungsdienst entstehen und nicht eine weitere Ausschließung des öffentlichen Sektors, sondern seine Umstrukturierung veranlasst werden.

Das ist der hauptsächliche Grund warum wir als International Alliance of Inhabitants an der von Professor Yann Maury koordinierten Forschungstätigkeit mitgearbeitet haben, der wissenschaftlichen Basis dieses Kongresses, den wir gemeinsam mit dem Ministerium für soziale Solidarität, der Region Latium und der Gemeinde Rom veranstalten wollten. Wir glauben nämlich an die Partnerschaft, die in der Begegnung der Bedürfnisse und der Vorschläge der bürgerlichen Gesellschaft und der Institutionen entsteht. Eine Partnerschaft, die sich auf die Anerkennung der gegenseitigen Autonomie stützt, die aber auch zu verschiedenen Konflikten führen kann. Konflikte, die auch in Rom entstanden sind, auch wenn mein Vorgänger etwas verschämt ganz allgemein von zu irgendeinem Zweck verwendeten Immobilien und besetzten Schulen erzählt hat. Wir sprechen von aufgelassenen, aber „illegal“ besetzten Schulen, die eine berechnete Antwort auf eine Notsituation waren, der die Institutionen nicht abhelfen wollen oder konnten. Seither haben wir dank der Bürgerinitiativen Fortschritte gemacht, mit der Legalisierung, Ausschreibungen, dem regionalen Gesetz über eigenverantwortliche Verwertung. Diese Konflikte haben

also die Errichtung einer neuen Dimension von Partnerschaft und Antworten, auch seitens der Institutionen bewirkt.

Es gab also durchaus Resultate. Nun geht es darum zu verstehen, wie diese neue politische Qualität unter Beachtung des Veränderungspotentials der Forderungen Fuß fassen kann und wie die neue Phase der Bürgerinitiativen für in Eigenregie verwertete oder gebaute Unterkünfte reifen kann.

Ich hebe den Begriff Bürgerinitiativen hervor, denn ich denke mehr an einen Prozess der Zusammenarbeit, d.h. der gegenseitigen Hilfe, der sich auf die Prinzipien der Solidarität stützt, als an eine generelle gegenseitige Selbsthilfe oder eine allgemeine Bautätigkeit auf Eigeninitiative.

Es wird auch interessant sein zu sehen, wie sich die Debatte entwickelt und welchen Verlauf die Diskussionen über die Zukunft nehmen werden.

Andererseits wäre es irreführend zu sagen, dass alles in bester Ordnung ist und wir alle auf derselben Seite stehen. Sicher haben wir alle eine gemeinsame Sensibilität und Denkweise entwickelt, aber die Antworten sind unterschiedlich.

Deshalb glaube ich, dass wir eine Art und Weise finden müssen, wie wir in dieser neuen Phase kommunizieren und vorgehen, indem wir versuchen, die Anerkennung des Ansatzes auf die lokale Ebene auszudehnen. In einigen Fällen ist es gelungen: vor 15 Jahren in Bologna, ein bisschen in der Region Toskana, ein bisschen in der Region Venetien, kürzlich mit der Lombardei, vor längerem (aber geschlossener) mit der Region Latium.

Und nun gilt es, eine nationale Ebene zu entdecken, wir können dieses Mal auf das Ministerium für soziale Solidarität zählen, das sein Engagement auf dieser Ebene bekundet.

Aber das ist noch nicht alles. Es gibt eine europäische Ebene, die in letzter Zeit entgegen unseren Erwartungen agiert. Die Europäische Union wird nämlich als ein großer Markt angesehen und in diesem beschneiden die Richtlinien, insbesondere die Bolkestein-Richtlinie, viele Möglichkeiten auch auf dem öffentlichen Wohnungssektor. Deshalb engagieren wir uns auch auf jener Ebene, damit dank der Neuverwertungs- und Bautätigkeit in Eigenregie die öffentliche Baupolitik auf Ebene der Europäischen Union wieder angekurbelt werden kann.

In einer neuen Phase schaffen wir einen gemeinsamen Raum, der gemeinsame Prinzipien erfordert - insbesondere die starke Betonung des Rechts auf Unterkunft - um einen juristischen und finanziellen Rahmen zu erhalten, der den Nutzwert sichert, welcher Integration und Wohnungssicherheit garantiert - vordringliche Faktoren gegenüber anderen, ebenfalls schätzenswerten, wie dem Recht auf Eigentum.

Dabei werten wir den sozialen Aspekt und die Zielgerichtetheit auf: die Solidarität als Motor von Bindungen, Praktiken, Politiken, Schaffung von Gemeinschaft. Das Recht auf Stadt als gesetzlicher Rahmen, der die Wiedereroberung der Stadt durch die Bürger begünstigt, die als Bewohner und nicht nur als Benutzer angesehen werden, Bewohner als Erschaffer der Stadt, die als öffentliche Sache (res publica) angesehen wird.

Unabhängigkeit, Analyse, Initiative, die durch die Einhaltung der gemeinsamen Prinzipien Partnerschaft entstehen lassen und neues Gleichgewicht schaffen kann. Aus diesem Grund erachtet es die International Alliance of Inhabitants als notwendig, gemeinsam einen europäischen oder vielmehr internationalen Raum zu schaffen, um Erfahrungen auszutauschen, Analysen zu definieren und Initiativen auf diesem Gebiet umzusetzen.

Heute vollziehen wir eine wichtige Etappe, die Know-How schafft, und uns zu konkreten Maßnahmen führt. Unkenntnis und negative Gerüchte werden beseitigt - stattdessen werden positive Daten und Inputs geliefert.

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Initiativen einander gegenüber stellen. Während der Präsident von FederCasa verlauten lässt, dass eigenständige Neuverwertung bei öffentlichem Eigentum nicht möglich ist, zeigt die Gemeinde Rom hingegen in einem viel komplexeren Rechtsumfeld, dass es möglich ist, zu intervenieren, das halte ich für hervorragend. So wäre es als möglich, gewisse Grenzen zu überschreiten, die in diesem Fall auf den Mangel an Wissen zurückzuführen sind, sofern es nicht andere Arten von Grenzen gibt, die an Interessen liegen, die mit dem Selbstverwaltungsansatz in Widerspruch stehen.

Wir sind aber optimistisch bezüglich der Möglichkeiten, die verschiedenen Strategien zu diskutieren wenn es uns gelingt, einen gemeinsamen Raum zu schaffen, wo die verschiedenen Ebenen zu Wort kommen. So sollten wir uns noch mehr anstrengen, um ebenso optimistisch zu sein, um neue Politiken zur Unterstützung festzulegen, weshalb wir einen großen gemeinsamen Gipfel eröffnen, der auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene agiert.

Zum Abschluss einige Vorschläge und Termine.

Zuallererst ist eine Zählung der Bürgerinitiativen für Unterkunft und der Areale notwendig, die zur Verfügung gestellt werden könnten, ausgehend von jenen der aufgegebenen Militärgelände, um so die Analyse der zweckdienlichen Normen und die Zählung der verfügbaren Ressourcen zu ermöglichen.

Natürlich reicht das nicht aus, denn es ist ein unterstützendes Regelwerk vonnöten. Das sage ich jetzt z.B. als eine konkrete und ernste Provokation, um das Konzept der Verwertungs-/Bautätigkeit auf Eigenregie, ausgehend von der vollen Anerkennung dieser Tätigkeit, besser zu integrieren.

Nur ein Thema für Minister Ferrero: warum entwerfen wir kein Gesetz, das eine Art Sabbatical vorsieht, d.h. unbezahlten Urlaub für die Personen, die das eigene Haus bauen oder umbauen möchten? Ich glaube, dass es viel weniger kosten würde als eine Unterkunft zu finanzieren, aber zu einer viel integrativeren und qualitativeren Sozialstaats-Initiative führen würde.

Die nächsten Etappen dieser Debatte: Im November 2007 mit den Europäischen Generalständen für das Recht auf Unterkunft und auf Stadt². Das schlagen wir seit Monaten vor und ich glaube, dass, wenn wir uns in Brüssel treffen, hier nicht nur die Erfahrungen der Bürgerinitiativen und lokalen Behörden, sondern auch die Vorschläge der Regierungen zur Sprache kommen sollten, so dass mit noch größerem Nachdruck die juristischen und finanziellen Richtlinien, inklusive der Anerkennung des Rechts auf Unterkunft in der europäischen Verfassung verankert werden können. Dies sollte es uns ermöglichen, dass wir, wenn wir uns in einiger Zeit wieder treffen, schon große Fortschritte gemacht haben.

*** *** ***

2 Das Recht auf Unterkunft klopft an Europas Türen: <http://it.habitants.org/article/articleview/2082/1/434/>